

Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser



• ZIF - Markt 4, 53111 Bonn •

Herrn/Frau

Christlich Demokratische Union Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Markt 4, 53111 Bonn
Tel: 0228/68469504/-05
Fax: 0228/68469506
e-mail: zif-frauen@gmx.de
www.autonome-frauenhaeuser-zif.de
Mo und Fr 9.00 – 13.00 Uhr
Mi 14.00 – 17.00 Uhr

Bonn, den 30.01.2017

Sehr geehrte/r Herr/Frau

gerne möchten wir Sie dazu einladen, uns die Vorstellungen Ihrer Partei über die Verbesserung des Zugangs von gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern zu Schutz und Unterstützung darzulegen. Dazu werden wir Ihnen bis zu den Bundestagswahlen Briefe zu verschiedenen Themenschwerpunkten zuschicken.

Heute möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf den dramatischen Platzmangel in Frauenhäusern richten:

„Das bringt uns auch zur Verzweiflung, wenn wir sagen müssen: Tut mir leid, wir haben keinen Platz“

(Zitat einer Frauenhausmitarbeiterin aus NRW)

In verschiedensten Zeitungen in der ganzen Bundesrepublik konnten wir in den letzten Monaten Nachrichten lesen wie **„Die Frauenhäuser sind am Limit. Auch im Ruhrgebiet platzen die Frauenhäuser aus allen Nähten.“** (WDR-Bericht am 20.01.2017), **„Schongau: Jede zweite Frau muss abgewiesen werden“** (merkur.de 11.01.2017), **„Platznot: Im Frauenhaus ist kein Bett mehr frei“** (Holsteinischer Courier 10.01.2017), **„Kein Platz mehr in Frauenhäusern“** (Westfalenpost 04.01.2017), **„Derzeit muss bayernweit jede zweite Frau in Not abgewiesen werden, weil es nicht genug Plätze gibt.“** (Stadtzeitung Augsburg 02.01.2017), **„Frauenhaus: Die Lage ist dramatisch“** (Norddeutsche Rundschau 02.12.2016), **„Kreis Pinneberg; Frauenhäuser sind überfüllt“** (Hamburger Abendblatt 21.12.2016), **„Zufluchtsstätte für Opfer häuslicher Gewalt ist dauerhaft ausgelastet“** (Hamburger Abendblatt 01.12.2016), **„Ortenauer Frauenhaus hat zu wenig Platz“** (baden online 27.11.2016), **„Frauenhäuser in Ostwestfalen-Lippe sind überfüllt“** (WDR 25.11.2016), **„Überfüllte Frauenhäuser im Südwesten“** (Badische Neueste Nachrichten 03.09.2016), **„Berliner Frauenhäuser stoßen an Grenzen ihrer Kapazitäten“** (Radio B2 04.08.2016).

Diese Presseberichte sind nur eine kleine Auswahl. Der Mangel an freien Frauenhausplätzen beschränkt sich schon lange nicht mehr auf die Großstädte und Ballungsgebiete, sondern hat längst kleinere Städte und ländliche Gebiete erreicht. Manche Frauenhäuser müssen täglich mehrere Frauen wg. Platzmangels ab- bzw. weiterverweisen. An manchen Tagen ist über mehrere Bundesländergrenzen hinweg kein einziger freier Frauenhausplatz für Mütter mit Kindern verfügbar. Für eine Frau mit 4 Kindern aus dem Ruhrgebiet gab es beispielsweise am 29.07.2016 weder in NRW, noch in Rheinland-Pfalz, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg einen freien Frauenhausplatz.

Im Alternativbericht zum 7./8. CEDAW-Staatenbericht heißt es zum Thema „Platzmangel in Frauenhäusern“:

„So nehmen die ca. 350 Frauenhäuser jährlich rund 18.000 Frauen mit ihren Kindern auf; weitere 18.000 Aufnahmeanfragen müssen abgelehnt werden. Gewaltbetroffene Frauen, die Schutz und Unterstützung suchen, müssen mehrere Hürden überwinden.“

Hürde Platzmangel: In Großstädten und Ballungsgebieten gibt es einen klaren Mangel an Frauenhausplätzen, in manchen Städten werden jährlich bis zu 500 Frauen weiterverwiesen. Die durchschnittliche Platzquote in Deutschland liegt bei 1:12.000, vor allem in ländlichen Regionen gibt es zu wenige oder keine Angebote. Mindestens 125 Landkreise/kreisfreie Städte in Deutschland halten kein Frauenhaus vor.“
(Alternativbericht CEDAW 11-2016, S. 23)

Die einzige – immer wiederkehrende – Aussage der Bundesregierung dazu heißt: „In Deutschland gibt es ein dichtes, ausdifferenziertes Netz an Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder.“ (siehe auch 7.u.8. CEDAW-Staatenbericht).

Im Koalitionsvertrag der derzeitigen Bundesregierung 2013 steht:

„Gewalt gegen Frauen, Frauenhäuser: Wir werden Gewalt an Frauen und Kindern konsequent bekämpfen und Schutz und Hilfe für alle Betroffenen gewährleisten. Eine wichtige Anlaufstelle für Betroffene ist das Frauenhilfetelefon. Wir werden ressortübergreifend Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder und Frauen bündeln und Lücken im Hilfesystem schließen.“

Leider hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode keine Maßnahmen ergriffen, um Schutz und Hilfe für alle Betroffenen zu gewährleisten und Lücken im „Hilfesystem“ zu schließen.

Im Antrag des CDU-Bundesvorstandes „Orientierung in schwierigen Zeiten – für ein erfolgreiches Deutschland und Europa“ wurde das Thema „Gewalt gegen Frauen“ reduziert auf „Zwangsheirat“ und „Ehrenmorde“.

Diese mehr als einseitige Sichtweise klammert aus, dass Gewalt gegen Frauen mehr als ein Drittel der Frauen in Deutschland betrifft, unabhängig von Herkunft und Religion. Seit ihrem 15. Lebensjahr haben 35% der Frauen in Deutschland Gewalt und 22% der Frauen Partnergewalt erlebt (Studie der Europäischen Menschenrechtsagentur 2014). Damit ist der Kampf gegen Gewalt an Frauen für uns auch eine Frage der Inneren Sicherheit.

Bisher hat die Bundes-CDU die Position vertreten, der Bund sei für Schutz und Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder nicht zuständig und auf die Länder und Kommunen verwiesen.

Im o.g. Antrag lesen wir nun: „Unser Ziel besteht weiterhin darin, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland herzustellen, auch wenn wir wissen, dass es immer Unterschiede je nach Region und Wirtschaftskraft geben wird.“ Wir hoffen, dass dieses Ziel auch gilt für den Zugang gewaltbetroffener Frauen zu Schutz und Unterstützung.

Gerne möchten wir von Ihnen wissen:

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie und Ihre Partei im Wahlprogramm für die nächste Legislaturperiode vorschlagen, um tatsächlich allen gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern den Zugang zu Schutz und Hilfe zu gewährleisten?

Was wollen Sie konkret unternehmen gegen den Platzmangel in Frauenhäusern? Wie wollen Sie erreichen, dass keine gewaltbetroffene Frau mehr wegen Überfüllung eines Frauenhauses abgewiesen werden muss?

Wir freuen uns auf Ihre Antwort und hoffen, dass Aussagen zu dem wichtigen Thema „Geplante Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen“ Eingang in das Wahlprogramm der CDU finden.

Freundliche Grüße